

Sanierung Studentenwohnhaus - Objektplanung Gebäude und Innenräume sowie Freianlagen in 09599 Freiberg

Vergabeart: Verhandlungsverfahren mit Teilnahmewettbewerb
Vergabe-ID: 2133049
Vergabenummer: 2282 OPLG
Veröffentlicht am: 26.08.2019

Auftraggeber: Studentenwerk Freiberg AöR

Angebots-/Teilnahmefrist: 24.09.2019 10:00 Uhr

[Weiter zu den Vergabeunterlagen](#) >

Teilnahmewettbewerb

Abschnitt I: Öffentlicher Auftraggeber

I.1) Name und Adressen: Offizielle Bezeichnung: Studentenwerk Freiberg Anstalt des öffentlichen Rechts; Nationale Identifikationsnummer: nicht angegeben; Postanschrift: Agricolastraße 14/16; Ort: Freiberg; NUTS-Code: DED43; Postleitzahl: 09599; Land: Deutschland; Kontaktstelle(n): Birgit Kohlbach; Telefon: +49 493731383401; E-Mail: Birgit.Kohlbach@swf.tu-freiberg.de; Fax: +49 493731383102; Internet-Adresse(n): Hauptadresse: www.studentenwerk-freiberg.de; Adresse des Beschafferprofils: nicht angegeben

I.2) Gemeinsame Beschaffung: nicht angegeben

I.3) Kommunikation: Die Auftragsunterlagen stehen für einen uneingeschränkten und vollständigen direkten Zugang gebührenfrei zur Verfügung unter: <https://www.evergabe.de/unterlagen/2133049/zustellweg-auswaehlen>. Weitere Auskünfte erteilt folgende Kontaktstelle: Offizielle Bezeichnung: Schubert Horst Architekten Partnerschaftsgesellschaft mbB; Nationale Identifikationsnummer: nicht angegeben; Postanschrift: Antonstraße 16; Ort: Dresden; NUTS-Code: DED21; Postleitzahl: 01097; Land: Deutschland; Kontaktstelle(n): Frau Schubert; Telefon: +49 49351889228-0; E-Mail: landschaft@schubert-horst.de; Fax: +49 4935188922824; Internet-Adresse(n): Hauptadresse: www.schubert-horst.de; Adresse des Beschafferprofils: nicht angegeben. Angebote oder Teilnahmeanträge sind einzureichen elektronisch via <https://www.evergabe.de> an die oben genannten Kontaktstellen

I.4) Art des öffentlichen Auftraggebers: Einrichtung des öffentlichen Rechts

I.5) Haupttätigkeiten: Andere Tätigkeit: Studentenwerk_Wohnungswesen

Abschnitt II: Gegenstand

II.1) Umfang der Beschaffung

II.1.1) Bezeichnung des Auftrags: Sanierung Studentenwohnhaus Heinrich-Heine-Straße 13 in 09599 Freiberg, Objektplanung Gebäude und Innenräume sowie Objektplanung Freianlagen; Referenznummer der Bekanntmachung: 2282 OPLG

II.1.2) CPV-Code Hauptteil: 71200000; CPV-Code Zusatzteil:

II.1.3) Art des Auftrags: Dienstleistungen

II.1.4) Kurze Beschreibung: Das Gebäude Heinrich-Heine-Str. 13 in 09599 Freiberg wurde ca. 1955 als Studentenwohnheim gebaut und ist seit April 2009 leerstehend. Das Studentenwerk Freiberg plant eine komplette Sanierung des Gebäudes zur Wiedernutzung als Studentenapartmenthaus mit 75 Wohneinheiten und Nebenräumen. Die Sanierung umfasst die Ertüchtigung aller Bauteile entsprechend der gültigen Vorschriften hinsichtlich Brandschutz, Wärmeschutz und Schallschutz, die komplette Erneuerung der Haustechnik, die Ausstattung der Apartments mit Möbeln und Miniküchen, die Ausstattung der Nebenräume und die Gestaltung der Freianlagen einschließlich des Baus einer Feuerwehrezufahrt. Das Studentenwohnheim ist ein 3-geschossiges, unterkellertes Gebäude mit Walmdach. Der BRI beträgt 9.642 m³, die BGF 3.102 m². Die Bauzeit ist von Oktober 2020 bis September 2021 geplant. Es ist vorgesehen, für die Realisierung des Bauvorhabens Fördermittel zu beantragen.

II.1.5) Geschätzter Gesamtwert: Wert ohne MwSt.: 3537815,13 EUR

II.1.6) Aufteilung des Auftrags in Lose: nein

II.2) Beschreibung

II.2.1) Bezeichnung des Auftrags: Los-Nr.: entfällt

II.2.2) weitere CPV-Codes: nicht angegeben

II.2.3) NUTS-Codes: DED43; Hauptort der Ausführung: Offizielle Bezeichnung: Studentenwohnhaus Heinrich-Heine-Straße 13; Straße, Hausnummer: Heinrich-Heine-Straße 13; Postleitzahl: 09599; Ort: Freiberg; Land: Deutschland

II.2.4) Beschreibung der Beschaffung: Der Auftraggeber beabsichtigt folgende Planungsleistungen zu vergeben: Objektplanungsleistungen für Gebäude und Innenräume gem. § 34 ff. i. V. m. Anlage 10 HOAI 2013, Leistungsphasen 3-8 für die Sanierung des Studentenwohnhauses Heinrich-Heine-Str. 13 in 09599 Freiberg sowie Objektplanungsleistungen Freianlagen gem. § 39 HOAI 2013 i. V. m. Anlage 11, die Leistungsphasen (LPH) 2-8 für die Herstellung der gebäudenahen Funktionsbereiche im Außenraum. Es ist vorgesehen, folgende besondere Leistungen zu vergeben: - Prüfung der vorhandenen Vorplanung aus LPH 2, - Erstellung eines Brandschutzkonzeptes, - Mitwirkung bei der Beantragung der Fördermittel. Die Beauftragung erfolgt stufenweise unterteilt nach einzelnen Leistungsphasen. Vorgesehen ist zunächst die Beauftragung der Leistungsphasen 3-4 für die Objektplanung Gebäude und 2-4 für die Objektplanung Freianlagen. Ein Rechtsanspruch auf die Übertragung aller vorgesehenen Leistungsphasen besteht nicht. Ebenso besteht kein Rechtsanspruch auf Weiterbeauftragung nach Erbringung erster Leistungsphasen.

II.2.6) Geschätzter Wert ohne MwSt.: 278459,77 EUR

II.2.7) Laufzeit des Vertrags, der Rahmenvereinbarung oder des dynamischen Beschaffungssystems: Beginn: 05.12.2019 / Ende: 31.12.2021; Dieser Auftrag kann verlängert werden: nein

II.2.9) Angabe zur Beschränkung der Zahl der Bewerber, die zur Angebotsabgabe bzw. Teilnahme aufgefordert werden: Geplante Mindestzahl: 3 / Höchstzahl: 5; Objektive Kriterien für die Auswahl der begrenzten Zahl von Bewerbern: Der Auftraggeber (AG) wird die fristgerecht eingegangenen Teilnahmeanträge (TA) anhand d. in d. Bekanntmachung benannten Nachweise u. Erklärungen formal u. inhaltlich prüfen u. bewerten. Die Auswahl erfolgt unter d. formal zulässigen TA (Nachweis der Erfüllung der geforderten Mindeststandards) anhand einer Bewertungsmatrix, die Kriterien werden folgend bewertet: Vergabe von 0- max. 3 Punkten (Pkt.) pro Kriterium, die Punktzahl pro Kriterium wird gewichtet. Die Rangfolge richtet sich nach den erreichten gewichteten Punktzahlen. Maximal werden die 5 Bewerber mit der höchsten Punktzahl zur Verhandlung geladen. Wird die Anzahl durch Bewerber/innen mit gleicher Punktzahl überschritten, entscheidet unter diesen das Los. Formale Prüfung der Mindeststandards: 1. fristgerechter Eingang, 2. vollständige Bewerbungsunterlagen, 3. Einreichung des TA elektronisch über die Vergabeplattform, 4.

Abschlussklärungen in Textform unterschrieben, 5. Bestätigung d. Unabhängigkeit von Ausführungs- und Lieferinteressen gem. § 73 (3) VgV, 6. Angabe zur Art der Bewerbung, 7. bei Bergewerkschaften (BG): Geforderte Nachweise von allen Mitgliedern u. Erklärung zur gesamtschuldnerischen Haftung, 8. Angaben zu Unterauftragnehmern gem. § 36 VgV, Verpflichtungserklärung der Unterauftragnehmer ist beizufügen, 9. Angaben zu Inanspruchnahme von Kapazitäten anderer Unternehmen (Eignungsleihe) gem. § 47 (1) VgV, Verpflichtungserklärung der anderen Unternehmen ist beizufügen, 10. Bestätigung des Nichtvorliegens von zwingenden und fakultativen Ausschlussgründen nach §§ 123 u. 124 GWB, 11. Nachweis über Befähigung zur Berufsausübung durch Eintrag in ein Berufsregister gem. § 44 (1) (Bauvorlageberechtigung), 12. Nachweis der Berufshaftpflichtversicherung gem. Pkt. III.1.2), 13. Nichtvorliegen einer Mehrfachbewerbung, 14. Nachweis der Mindestreferenz 1 gem. Pkt. III.1.3), 15. Vorgesehene Projektleitung: Angabe Name und Nachweis der beruflichen Qualifizierung. Auswahlkriterien und deren Wichtung: Technische u. berufliche Leistungsfähigkeit; Gesamtewichtung (GWg) 100%, davon: 1.1 Referenz 1, Mindestreferenz (Anforderungen gem. Pkt. III.1.3): GWg 50 %, davon 1.1.1 Bauwerkskosten (KG 300+400) in Euro brutto, Wichtung (W) 20%, 1.1.2 bearbeitete LPH gemäß HOAI § 34, W 30%, 1.2 Referenz 2, optionale Referenz, Nutzung Bauvorhaben, (Anforderungen gem. Pkt. III.1.3): GWg 10%, 1.3 Referenz 3, optionale Referenz, Nachweis der Erfahrung bei der Verwendung von Fördermitteln (Anforderungen gem. Pkt. III.1.3), GWg 20 %, 1.4. Referenz 4, optionale Referenz, persönliche Referenz des Projektleiters, (Anforderungen gem. Pkt. III.1.3), Wg 20 %. Die detaillierte Punktbewertung ist dem beigefügten Dokument "Bewertungsmatrix Stufe 1" zu entnehmen.

II.2.10) Angaben über Varianten/Alternativangebote: Varianten/Alternativangebote sind zulässig: nein

II.2.11) Angaben zu Optionen: Optionen: ja; Beschreibung der Optionen: Stufenweise Beauftragung der einzelnen Leistungsphasen (LPH): Mit Abschluss des Verhandlungsverfahrens werden vertraglich die LPH 3-4 für die Objektplanung Gebäude und Innenräume nach § 34 HOAI 2013 sowie die LPH 2-4 für die Objektplanung Freianlagen gem. § 39 HOAI 2013 vergeben. Ein Rechtsanspruch auf die Übertragung aller LPH besteht nicht. Ebenso besteht kein Rechtsanspruch auf Weiterbeauftragung nach Erbringung erster LPH.

II.2.12) Angaben zu elektronischen Katalogen: entfällt

II.2.13) Angaben zu Mitteln der Europäischen Union: Der Auftrag steht in Verbindung mit einem Vorhaben und/oder Programm, das aus Mitteln der EU finanziert wird: nein; Projektnummer oder -referenz:

II.2.14) Zusätzliche Angaben: Werden die erforderlichen Unterlagen ohne Registrierung kostenfrei durch die Bewerber heruntergeladen, erfolgt keine automatische Benachrichtigung über mögliche Änderungen zur Vergabe. Es ist dann notwendig, regelmäßig eigenständig nach neuen Informationen zu schauen. Bei erfolgter Registrierung auf www.evergabe.de kann Vorgenanntes entfallen.

Abschnitt III - Rechtliche, wirtschaftliche, finanzielle und technische Angaben

III.1) Teilnahmebedingungen

III.1.1) Befähigung zur Berufsausübung einschließlich Auflagen hinsichtlich der Eintragung in einem Berufs- oder Handelsregister: Auflistung und kurze Beschreibung der Bedingungen: Der vollständig ausgefüllte Teilnahmeantrag = Formular zur Eigenerklärung ist fristgerecht elektronisch einzureichen. Per Post, per E-Mail, per Fax oder über die Nachrichtenfunktion der Vergabeplattform eingereichte TA werden nicht berücksichtigt. Mitglieder von Bergewerkschaften (BG) haben grundsätzlich alle Erklärungen/Nachweise für jedes Mitglied abzugeben. Der Teil IV Abschnitt C der Eigenerklärung (Angaben zu den Referenzen) kann gemeinsam ausgefüllt werden.

Geforderte Angaben in Teil II des Formulars: A) Angaben zum Wirtschaftsteilnehmer: 1) Angaben zur Identität: Firmenbezeichnung, Postanschrift, Kontaktperson(en), Kontaktdaten, Zweigstellen, Niederlassungen; 2) Allgemeine Angaben: Handelt es sich bei dem Wirtschaftsteilnehmer um ein Kleinstunternehmen, kleines, mittleres oder großes Unternehmen (bei BG: Angaben zur Einordnung des jeweiligen Unternehmens für alle Mitglieder); Rechtsform gem. § 43 (1) VgV 2016; 3) Bestätigung d. Wirtschaftsteilnehmers gem. § 73 (3) VgV 2016, d. dessen Leistungen unabhängig von Ausführungs- u. Lieferinteressen erbracht werden; 4) Art der Bewerbung: Angabe, ob Bewerbung Einzel- oder Gemeinschaftsbewerbung ist (bei BG gem. § 43 (2) VgV 2016 ist Formular für Eigenerklärung von jedem Mitglied separat vorzulegen, unter a) Angabe Funktion Wirtschaftsteilnehmer in Gruppe; b) Angabe, welche weiteren Wirtschaftsteilnehmer am Vergabeverfahren teilnehmen; c) ggf. Bezeichnung teilnehmender Gruppe); außerdem bei BG: Erklärung über gesamtschuldnerische Haftung u. bevollmächtigten Vertreter als Anlage (Formblatt) beifügen. B) Angaben zu Vertretern des Wirtschaftsteilnehmers: Angaben zum Vertretungsberechtigten (falls zutreffend) mit vollständigem Namen, Position/beauftragt in seiner/ihrer Eigenschaft; Postanschrift, Kontaktdaten sowie weitere Informationen zur Vertretungsberechtigung (Form, Umfang etc.). C) Angaben, ob ein Teil des Auftrages gem. § 36 VgV 2016 an Dritte weitergegeben werden soll und Benennen dieser Unternehmen. Verpflichtungserklärung ist vorzulegen (Formblatt als Anhang 3 der Eigenerklärung). D) Angaben zur Inanspruchnahme der Kapazitäten anderer Unternehmen gem. § 47 (1) VgV 2016 (Eignungsleihe): Falls ja, ist für jedes dieser Unternehmen ein separates - vom jeweiligen Unternehmen ordnungsgemäß ausgefülltes Formular zur Eigenerklärung mit erforderlichen Informationen der unter III.1.1) A und B sowie eine Eigenerklärung zu Ausschlussgründen vorzulegen sowie die Verpflichtungserklärung der Unternehmen als Anlage der Eigenerklärung (Formblatt). Geforderte Angaben in Teil III mit Eigenerklärung zu Ausschlussgründen: A: im Zusammenhang mit strafrechtlicher Verurteilung gem. § 123 (1) GWB (zwingende Ausschlussgründe), B: im Zusammenhang mit Entrichtung von Steuern oder Sozialversicherungsbeiträgen gem. § 123 (4) GWB, C: im Zusammenhang mit Insolvenz, Interessenkonflikten o. beruflichem Fehlverhalten gem. § 124 (1) GWB (fakultative Ausschlussgründe). Geforderte Angaben in Teil IV Eignungskriterien: A: Befähigung zur Berufsausübung durch Eintrag in ein Berufs- oder Handelsregister gemäß § 44 (1) i. V. m. § 46 (3) Nr. 6 VgV 2016 (Ausschlusskriterium). Angabe Name des Bewerbers bzw. der verantwortlichen Führungskraft sowie fachliche Eignung durch Eintrag z. B. in Architektenkammer erforderlich. Kopie des Kammereintrags bzw. Nachweis über Bauvorlageberechtigung ist als Anlage beizufügen. Bei juristischen Personen ist eine Kopie des aktuellen Handels-/Partnerschaftsregisterauszugs beizufügen.

Berufshaftpflichtversicherung gemäß § 45 (1) Nr. 3 VgV: 1) Name des Versicherers; Deckungssumme Personenschäden; Deckungssumme Sonstige Schäden; Maximierung im Schadenfall; belegt durch Kopie als Anlage; 2) Werden die geforderten Deckungssummen in Höhe von mind. 2,0 Mio. EUR für Personenschäden, mind. 1,0 Mio. EUR für sonstige Schäden und die geforderte zweifache Maximierung nicht erreicht, so ist eine Erklärung des Versicherers beizufügen, dass 1. die Deckungssummen/die Maximierung im Auftragsfall angepasst werden oder 2. im Auftragsfall eine objektbezogene Versicherung abgeschlossen wird (Ausschlusskriterium). Bei Bewerbungsgemeinschaften ist der Nachweis von jedem Mitglied der Bewerbungsgemeinschaft zu erbringen. Für Nachunternehmer mit Eignungsleihe nach § 47 VgV ist o.g. Nachweis ebenfalls zu erbringen. Der Nachweis des Versicherers darf nicht älter als 12 Monate zum Schlusstermin der Bewerbungsfrist des Teilnahmeantrages sein. Der Nachweis ist als Anlage beizufügen! Möglicherweise geforderte Mindeststandards: Nachweis einer Berufshaftpflichtversicherung gemäß § 45 (1) Nr. 3 VgV Deckungssummen in Höhe von mind. 2,0 Mio. EUR für Personenschäden und mind. 1,0 Mio. EUR für sonstige Schäden, zweifache Maximierung

III.1.3) Technische und berufliche Leistungsfähigkeit: Auflistung und kurze Beschreibung der Eignungskriterien: A) Referenzen (Ref.): Gefordert ist die Darstellung von mind. 1 Mindestreferenz im Bereich der Objektplanung Gebäude (OPG) gemäß § 46 (3) Nr. 1 i. V. m. § 75 (5) VgV 2016. Es kann eine Referenzbescheinigung des öffentlichen Auftraggebers vorgelegt werden. Andernfalls gelten die im übergebenen Formblatt getätigten Eintragungen als Eigenerklärung. Eine Mehrfachnennung von Referenzobjekten ist möglich. Ref. 1 (Mindestreferenz): OPL Gebäude für einen Umbau bzw. eine Gebäudesanierung, abgeschlossenes, übergebenes und in Betrieb befindliches Bauvorhaben eines öffentlich genutzten Gebäudes, Fertigstellung (Übergabe Nutzer erfolgt) im Zeitraum nach dem 01.01.2013 bis zur Abgabe des Teilnahmeantrages, erbrachte Leistungsphasen mind. 3-5 gem. § 34 HOAI, mind. Honorarzone III, Bauwerkskosten (KG 300+400) mind. 1,5 Mio. EUR brutto; Ref. 2 (optionale Referenz): OPL Gebäude für den Neubau oder die Sanierung eines Gebäudes, abgeschlossenes, übergebenes und in Betrieb befindliches Bauvorhaben, Fertigstellung nach dem 01.01.2013 bis zur Abgabe des Teilnahmeantrages fertiggestellt (Übergabe Nutzer), erbrachte Leistungsphase mind. 3-8 gem. § 34 HOAI, mind. Honorarzone III, Bauwerkskosten (KG 300+400) mind. 1,0 Mio. EUR brutto; Ref. 3 (optionale Referenz): OPL Gebäude für den Neubau oder die Sanierung eines Gebäudes, abgeschlossenes, übergebenes und in Betrieb befindliches Bauvorhaben, Fertigstellung nach dem 01.01.2013 bis zur Abgabe des Teilnahmeantrages fertiggestellt (Übergabe Nutzer), erbrachte Leistungsphase mind. 3-8 gem. § 34 HOAI, mind. Honorarzone III; Ref. 4 (optionale Referenz): OPL für einen Umbau bzw. eine Gebäudesanierung, abgeschlossenes, übergebenes und in Betrieb befindliches Bauvorhaben eines öffentlich genutzten Gebäudes, Fertigstellung (Übergabe Nutzer) im Zeitraum nach dem 01.01.2013 bis zur Abgabe des Teilnahmeantrages, erbrachte Leistungsphasen mind. 3-8 gem. § 34 HOAI, mind. Honorarzone III, Bauwerkskosten (KG 300 + 400) mind. 1,0 Mio. EUR brutto. Geforderte Angaben zu den Ref. 1 - 4: Objektbezeichnung und Objektbeschreibung, Auftraggeber/- in mit Bezeichnung, Ansprechpartner und Telefonnummer, Angabe zur Art des Auftraggebers (öffentlich/nichtöffentlich), Leistungszeitraum mit Leistungsbeginn und Übergabe an den Nutzer (Monat/Jahr), erbrachte Leistungsphasen gemäß § 34 HOAI 2013, Honorarzone gemäß § 35 HOAI, Bauwerkskosten (KG 300 + 400 in Mio. EUR brutto), Darstellung der Referenz auf max. 3 Blatt DIN A4; Zusätzlich: zu Ref. 2: Bauwerksnutzung, zu Ref.3: Angaben zur Mitwirkung bei der Antragstellung bzw. bei der Erstellung des Verwendungsnachweises für Fördermitteln; Möglicherweise geforderte Mindeststandards: Das Erfüllen der genannten Mindeststandards der jeweiligen Referenz ist zwingend erforderlich. Das Nichteinreichen der Pflichtreferenz bzw. das Nichterfüllen der Mindestanforderungen der Pflichtreferenz führt zum Ausschluss aus dem weiteren Verfahren. Sofern optionale Referenzen (Referenz 2 - 4) eingereicht werden, sind die dafür genannten Mindeststandards ebenfalls zu erfüllen. Nur unter diesen Voraussetzungen kann eine optionale Referenz berücksichtigt und gewertet werden. Das Nichteinreichen oder Nichtbewerten einer optionalen Referenz führt aber nicht zum Ausschluss aus dem Verfahren. Vorgesehene Projektleitung: Angabe Name und Nachweis der beruflichen Qualifizierung, mind. Studiennachweis im Bereich Architektur oder Bauingenieurwesen

III.1.5) Angaben zu vorbehaltenen Aufträgen: entfällt

III.2) Bedingungen für den Auftrag

III.2.1) Angaben zu einem besonderen Berufsstand (nur für Dienstleistungsaufträge): Die Erbringung der Dienstleistung ist einem besonderen Berufsstand vorbehalten. Verweis auf die einschlägige Rechts- oder Verwaltungsvorschrift: Teilnahmeberechtigt sind Personen, die berechtigt sind, die Berufsbezeichnung Architekt zu tragen oder in der Bundesrepublik Deutschland als Architekt tätig zu werden. Der Nachweis der Befähigung ist mit der Bewerbung zu führen. Weiterhin sind bauvorlageberechtigte Ingenieure zur Erbringung der Dienstleistung zugelassen. Teilnahmeberechtigt sind ferner Arbeitsgemeinschaften solcher natürlicher Personen sowie juristische Personen, sofern in deren Satzungsregelungen der Geschäftszweck auf das Erbringen von Planungsleistungen "Architektur" ausgerichtet ist und sie für die Durchführung der Aufgabe einen verantwortlichen Berufsangehörigen gemäß der genannten Bedingungen benennen können sowie Arbeitsgemeinschaften solcher juristischer Personen.

III.2.2) Bedingungen für die Ausführung des Auftrags: Rechtsform bei Bewerbungsgemeinschaften (BG): Gesamtschuldnerisch haftend mit bevollmächtigtem Vertreter. Abgabe einer Erklärung, dass die Mitglieder der BG (ARGE) gesamtschuldnerisch haften, auch über die Auflösung der BG hinaus. Die BG muss einen bevollmächtigten Vertreter benennen. Für die Erklärung kann das vorgegebene Formblatt verwendet werden (Anlage zum Formular der Eigenerklärung). Der Nachweis muss mit Abgabe der Bewerbung erfolgen. Der AG behält sich vor, weitere Unterlagen abzufordern, welche die Zulässigkeit der Kooperation in Form einer BG (§ 1 GWB) belegen. Sollte sich im Laufe des Verfahrens eine bestehende BG in ihrer Zusammensetzung verändern oder ein Einzelbewerber das Verfahren in BG fortsetzen wollen, ist dies nur mit ausdrücklicher schriftlicher Einwilligung des AG zulässig. Diese wird jedenfalls nicht erteilt, wenn durch die Veränderung der Wettbewerb

III.2.3) Verpflichtung zur Angabe der Namen und beruflichen Qualifikationen der Personen, die für die Ausführung des Auftrags verantwortlich sind: entfällt

Abschnitt IV Verfahren

IV.1) Beschreibung

IV.1.1) Verfahrensart: Verhandlungsverfahren. Beschleunigtes Verfahren: nein

IV.1.3) Angaben zur Rahmenvereinbarung oder zum dynamischen Beschaffungssystem: nicht angegeben

IV.1.4) Angaben zur Verringerung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer oder Lösungen im Laufe der Verhandlung bzw. des Dialogs: entfällt

IV.1.5) Angaben zur Verhandlung (nur für Verhandlungsverfahren): Der öffentliche Auftraggeber behält sich das Recht vor, den Auftrag auf der Grundlage der ursprünglichen Angebote zu vergeben, ohne Verhandlungen durchzuführen

IV.1.6) Angaben zur elektronischen Auktion: Eine elektronische Auktion wird durchgeführt: nein

IV.1.8) Angaben zum Beschaffungsübereinkommen (GPA): Der Auftrag fällt unter das Beschaffungsübereinkommen: ja

IV.2) Verwaltungsangaben

IV.2.1) Frühere Bekanntmachung zu diesem Verfahren: nicht angegeben

IV.2.2) Schlusstermin für den Eingang der Angebote oder Teilnahmeanträge: Tag: 24.09.2019; Ortszeit: 10:00

IV.2.3) Voraussichtlicher Tag der Absendung der Aufforderungen zur Angebotsabgabe bzw. zur Teilnahme an ausgewählte Bewerber: 01.11.2019

IV.2.4) Sprache(n), in der (denen) Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können: Deutsch

IV.2.6) Bindefrist des Angebots: Das Angebot muss gültig bleiben bis: 31.01.2020

IV.2.7) Bedingungen für die Öffnung der Angebote: Tag; ; Ortszeit; ; Ort; ; Angaben über befugte Personen und das Öffnungsverfahren:

Abschnitt VI Weitere Angaben

VI.2) Angaben zu elektronischen Arbeitsabläufen: entfällt

VI.3) Zusätzliche Angaben: Die Einreichung d. Teilnahmeanträge u. Angebote per Post, per Telefax, per E-Mail u. über d. Nachrichtenfunktion d. Vergabeplattform ist nicht zulässig u. führt zum Ausschluss aus dem Verfahren. Jegliche Kommunikation wird über die Plattform www.evergabe.de bereitgestellt. Sobald dort neue Informationen zu einem Vergabeverfahren veröffentlicht werden, erhalten Sie als registrierter Teilnehmer von www.evergabe.de eine E-Mail-Benachrichtigung. Anlagen z. TA d. Bieters dürfen max. 40 MB nicht überschreiten. Auch Anfragen zu den Vergabeunterlagen müssen elektronisch über das Bietercockpit gestellt werden. Deren Beantwortung erfolgt ebenfalls elektronisch. D. Teilnahme am Bewerbungsverfahren erfolgt über d. vollständig auszufüllende Formular zur Eigenerklärung, das um die in den Ziffern III.1) und III.2) dieser Bekanntmachung geforderten Angaben u. Nachweise zu ergänzen und elektronisch über www.evergabe.de einzureichen ist. Das Formular zur Eigenerklärung kann unter d. im Punkt I.3) dieser Bekanntmachung angegebenen Internetadresse abgerufen werden. Nicht fristgerecht elektronisch eingereichte Unterlagen werden nicht berücksichtigt. Die Bewerber erklären förmlich mit Abgabe d. TA, dass d. von ihnen angegebenen Informationen genau u. korrekt sind u. sie sich der Konsequenzen schwerwiegender Täuschung bewusst sind. Die Bewerber erklären förmlich, dass sie in d. Lage sind, die Bescheinigungen u. andere genannte dokumentarische Nachweise unverzüglich auf Anfrage beizubringen. Kopien von Nachweisen werden anerkannt, sofern sie keinen Anlass zu Zweifeln an d. Übereinstimmung mit dem Original geben. Nicht deutschsprachige Nachweise müssen als beglaubigte Übersetzung in Deutsch vorgelegt werden (Mindestanforderung). Für d. Ausarbeitung d. Bewerbungs- u. Angebotsunterlagen werden keine Kosten erstattet (§ 77 (1) VgV). Der AG behält sich nach § 56 (2) bis (4) VgV vor, fehlende Nachweise u. Erklärungen nachzufordern. Bewerbungen, d. nicht alle geforderten Angaben, Nachweise u. Referenzen enthalten, werden ausgeschlossen, sofern diese auf Anforderung nicht innerhalb einer gesetzten Frist nachgeliefert werden. Nicht erwünscht sind allg. Werbebroschüren u. Unterlagen zur Vorstellung d. Bewerbers sowie zusätzliche Angaben, d. über die geforderten hinausgehen. Diese werden im Verfahren nicht berücksichtigt. Mehrfachbewerbungen sind nicht zulässig. Eine Mehrfachbewerbung ist auch eine Bewerbung unterschiedlicher Niederlassungen eines Büros. Mehrfachbewerbungen von Mitgliedern einer Bewerbergemeinschaft (BG) bzw. unterschiedlicher Niederlassungen eines Büros haben das Ausscheiden aller Mitglieder der BG zur Folge. Hinweis: Vorlage d. Verpflichtungserklärungen gem. § 47 VgV d. Nachunternehmer (NU) u. ggf. deren NU, soweit sich d. Bieter, d. den Zuschlag erhalten soll o. ein Mitglied einer BG, d. den Zuschlag erhalten soll, auf d. Fachkunde o. Leistungsfähigkeit von NU beruft. Sollten Verpflichtungserklärungen d. NU bis zum Zeitpunkt d. beabsichtigten Zuschlagserteilung nicht vorgelegt werden können, erfolgt ein nachträglicher Ausschluss wegen mangelnder Eignung. (Ausschlusskriterium). Enthalten die Bekanntmachung od. d. Unterlagen zum Teilnahmewettbewerb Unklarheiten, Widersprüche od. verstoßen diese nach Auffassung des Bewerbers gegen geltendes Recht, so hat der Bewerber den Auftraggeber unverzüglich schriftlich darauf hinzuweisen. Erfolgt dies nicht, ist der Bewerber mit diesen Einwendungen präkludiert. Mit Abgabe d. TA erklären d. Bewerber, dass sie einer Verkürzung d. Frist zur Angebotsabgabe in d. 2. Stufe d. Verfahrens gem. § 17 (7) VgV von 30 auf dann 20 Kalendertage zustimmen. Die örtliche Präsenz d. Bewerbers ist während d. Planungs- u. Bauzeit in engen Intervallen gem. Projekterfordernis sicherzustellen. Für d. gesamte Projektlaufzeit ist personelle Kontinuität hinsichtlich d. Präsenz vor Ort zu gewährleisten, insbesondere während d. Ausführungsphase des Projektes (Lph 8). Die Verhandlungsgespräche finden voraussichtlich in der 49. KW statt.

VI.4) Rechtsbehelfsverfahren/Nachprüfungsverfahren

VI.4.1) Zuständige Stelle für Rechtsbehelfs-/Nachprüfungsverfahren: Offizielle Bezeichnung: Vergabekammer des Freistaates Sachsen bei der Landesdirektion Sachsen; Postanschrift: Braustraße 2; Ort: Leipzig; Postleitzahl: 04107; Land: Deutschland; E-Mail: vergabekammer@ldl.sachsen.de; Telefon: +49 49341977-1040; Internet-Adresse: www.ldl.sachsen.de; Fax: +49 49341977-1049

VI.4.3) Einlegung von Rechtsbehelfen: Genaue Angaben zu den Fristen für die Einlegung von Rechtsbehelfen: Der Auftraggeber weist darauf hin, dass ein Nachprüfungsantrag nach § 160 (3) GWB unzulässig ist, soweit: 1) der Antragsteller den geltend gemachten Verstoß gegen Vergabevorschriften vor Einreichen des Nachprüfungsantrags erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht innerhalb einer Frist von 10 Kalendertagen gerügt hat; der Ablauf der Frist nach § 134 Absatz 2 bleibt unberührt, 2) Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, nicht spätestens bis Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Angebotsabgabe oder zur Bewerbung gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden, 3) Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der Frist zur Angebotsabgabe oder zur Bewerbung gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden, 4) mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind.

VI.5) Tag der Absendung dieser Bekanntmachung: 22.08.2019